

Gastkommentar von Dr. Ulrich Schneider für den Nordkurier am 17.05.2003 zum Stichwort "Agenda 2010"

Die Agenda 2010 kann getrost als der massivste sozialpolitische Kahlschlag bezeichnet werden, der seit Bestehen der Bundesrepublik geübt wurde.

Noch nie sollten mit einem Handstreich 1,4 Millionen Arbeitslose mit ihren Familien in die Armut gestoßen werden. Denn nichts anderes stellt des Kanzlers Plan dar, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der jetzigen Sozialhilfe zusammenzuführen.

Sozialhilfe, dies könnten der Kanzler und seine Berater wissen, schützt schon seit Jahren nicht mehr vor Armut. Seit nunmehr 10 Jahren läuft sie abgeschlagen hinter den steigenden Lebenshaltungskosten her. Das Ergebnis: Um mindestens zehn Prozent müßte die Sozialhilfe angehoben werden, um das abzudecken, was Sozialwissenschaftler das soziokulturelle Existenzminimum nennen, und was eine Teilhabe an dieser Gesellschaft wenigstens auf bescheidenstem Niveau meint.

Die ungeheure armutspolitische Ignoranz, die hinter diesem Vorhaben steht, die ungeheure Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen, die völlige Abgehobenheit von Realitäten und Alltag am Rande dieser Gesellschaft, wo es keine Aktienpakete gibt und keine teuren Urlaubsreisen, ja nicht einmal mehr den Kegelausflug oder das von den Kleinen so heiß begehrte ferngesteuerte Auto, dies muß schockieren und abstoßen zugleich.

Sicher - auch die Arbeitslosenhilfe ist nicht grundsätzlich tabu, wenn es darum geht, unsere sozialen Sicherungssysteme, die in der Tat in die Jahre gekommen sind, auf künftige Anforderungen auszurichten. Doch kann es in einer sich solidarisch verstehenden Gesellschaft nicht angehen, dass Langzeitarbeitslosen die Hilfen gekürzt werden, während großen Konzernen mit der

letzten Steuerreform die Milliarden ohne Not nachgeworfen wurden. Wer darüber hinaus auf eine Reform des familien- und sozialpolitisch völlig überholten Ehegattensplittings verzichtet, auf Vermögensteuer und eine Anpassung der Erbschaftsteuer, hat kein Recht zu behaupten, er habe für die Schwächsten unter uns kein Geld mehr im Säckel.

Nun ist bekannt, dem Kanzler geht es nicht nur ums Geld. Als oberster Pädagoge dieses Staates tat er schon zu früheren Zeiten kund, dass ihm Faulheit ein Greuel ist, und er diese Faulheit nicht nur unter unseren Lehrern entdeckt haben will, sondern vor allem auch bei den Arbeitslosen. Fördern und Fordern heißt seine Devise. Wer faul ist in des Kanzler Augen wird bestraft, wer fleißig und willig ist, dem wird geholfen. Dass sich aktuell jedoch sein Sachwalter in Nürnberg, Arbeitsamtschef Gerster, mit seinem Förderinstrumentarium ebenfalls nicht mehr so recht zuständig fühlt für die Arbeitslosenhilfebezieher, und nicht müde wird zu betonen, dass sein Anstalt eine Vermittlungs- und keine Sozialagentur ist, scheint den Kanzler dabei nicht zu irritieren: Erst mal streichen und dann sehen wir weiter, was da noch so alles in den Hartz-Papieren stand.

Vielleicht wird es dem Kanzler gelingen, dass SPD und die Mehrheit im Bundestag die Agenda 2010 schlucken, um das zu bleiben, was die Regierung regierungsfähig nennt. Doch wird es nicht gelingen, die breite Mehrheit in der Bevölkerung dauerhaft abzulenken von dem, was wir wirklich brauchen, um die Menschen in Arbeit zu bringen: Arbeitsplätze.